

SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/180

21. September 1971

Wenzel Jaksch

Zum Gedenken an einen rastlosen Sucher
und Kämpfer

Von Herbert Wehner MdB

Stellv. Vorsitzender der Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands

Seite 1 bis 3 / 126 Zeilen

Ein großer Schritt in der Organisationsreform

Erstmals elektronische Datenverarbeitung auf
breiter Grundlage

Von Bruno Friedrich

Vorsitzender des SPD Bezirks Franken

Seite 4 und 5 / 59 Zeilen

Luftwaffe in Umrüstung

Deutsche Luftfahrtindustrie voll ausgelastet

Von Klaus Richter SPD-MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des
Deutschen Bundestages

Seite 6 / 29 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und
----- Eingliederung"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Eder
5300 Bonn 2, Hauptallee 2-10
Postfach: 9153
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 866 846/866 847/
866 848 P P P D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 106-112, Telefon: 7 56 11

Wenzel Jaksch

Zum Gedenken an einen rastlosen Sucher und Kämpfer

Von Herbert Wehner MdB

Stellv. Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Am 25. September d. Js. wäre Wenzel Jaksch 75 Jahre alt geworden. Vor fünf Jahren, wenige Wochen nach Vollendung seines siebenzigsten Lebensjahres, wurde er das Opfer eines schweren Verkehrsunfalls. Er war vielen nur als leidenschaftlicher Streiter für das Recht der Heimatvertriebenen bekannt. Aber Wenzel Jaksch war mehr. Willy Brandt bezeichnete ihn als "Patrioten und Europäer, sozialen Demokraten und kämpferischen Humanisten".

Wenzel Jakschs Lebensweg ist gekennzeichnet vom sozialen und politischen Aufstieg der europäischen Arbeiterschaft. Er begann in der Armut seines Elternhauses in einem Böhmerwald-dorf. Mit vierzehn Jahren kam er nach Wien, wo er das Maurerhandwerk erlernte und sich der sozialistischen Bewegung anschloß. Das war zugleich die erste Station seines politischen Weges, der ihn nach dem Zusammenbruch der Donau-Monarchie in die Führungspositionen der sudetendeutschen Sozialdemokratie führte. Ein Jahrzehnt lang war er schon Abgeordneter des Prager Parlaments und mehrere Jahre stellvertretender Parteivorsitzender, als er Anfang 1938, in der damals letzten Phase des Kampfes seiner Partei, deren Vorsitzender wurde. Sein Kampf galt einerseits dem Selbstbestimmungsrecht der sudetendeutschen Volksgruppe und andererseits der Erhaltung der Demokratie. Nach seinen eigenen Worten wollten die sudetendeutschen Demokraten das Selbstbestimmungsrecht nicht aus der blutbefleckten Händen eines Diktators entgegennehmen. Unvergessen bleiben seine Appelle an die Regierungen der westlichen Demokratien, den Forderungen Hitlers zu widerstehen und die eindringliche Mahnung an seine Landsleute: "Hitler bedeutet Krieg!"

Zum hundertjährigen Bestehen der sudetendeutschen Sozialdemokratie sagte er:

"Dies ist die wahre Prüfung für die Bestandskraft eines Volkes, ob es genügend Instinkt und innere Redlichkeit besitzt, das anmarschierende Unheil auch in seiner gleichnerischen Verkleidung zu erkennen. In das Buch der Geschichte ist eingetragen, daß die sudetendeutsche Sozialdemokratie den Nationalsozialismus aus sittlichen Überzeugungen heraus bekämpft hat: wegen seiner Mißachtung der Menschenrechte, wegen seiner Judenverfolgung, wegen der Zerstörung der Rechtsstaatlichkeit in Deutschland. Jawohl wir haben die Menschenrechte höher eingeschätzt, als daß wir das Selbstbestimmungsrecht aus den bluttriefenden Händen eines Tyrannen entgegennehmen wollten, weil

aus dem Bündnis mit dem Bösen niemals Gutes erwachsen kann. Leicht war vorauszusehen, daß Hitler das Selbstbestimmungsrecht anderer Völker mit Füßen treten würde, wenn es seine Eroberungsziele erforderten. Darum sei es über die Grenzen hinweg gesagt, daß wir im Ringen um eine friedliche Lösung auch dem tschechischen und dem slowakischen Volke ihr heutiges Schicksal ersparen wollten."

Wenzel Jaksch war ein Mann, der es unternahm, in großen Maßstäben zu denken und die Zukunft vorwegzuleben. In der Emigration wurde er nicht müde, weiter mit politischen Mitteln gegen das Nazi-Regime in Deutschland und zugleich gegen die Vertreibungspläne der tschechoslowakischen Exilregierung zu kämpfen. Er konnte die Vertreibung der Sudetendeutschen aus ihrer Heimat ebensowenig aufhalten wie jene Entwicklung in der ersten Tschechoslowakei, die zum Münchner Abkommen führte.

Sein Leben war so tragisch wie sein Tod. Die Vertreibung von Millionen Deutschen, die er nicht verhindern konnte, versuchte er nach seiner Rückkehr aus dem Exil zu mildern. Er hat Hervorragendes bei der Eingliederung der Heimatvertriebenen geleistet, als Beamter und als Politiker. Er war aber keineswegs einfach ein "Vertriebenenpolitiker". So hat er, was nicht vergessen werden soll, durch eigene Gedanken zur Wegbestimmung der deutschen Sozialdemokratie beigetragen. Ihn beschäftigte die deutsche Politik insgesamt, vor allem aber die Außenpolitik. Im Jahre 1961 entstand unter seiner Federführung der nach ihm benannte, vom Bundestag einstimmig angenommene Bericht über die Beziehungen der Bundesrepublik zu den Staaten Osteuropas. Durch diesen Parlamentsbeschluß wurde die Bundesregierung beauftragt, jede sich bietende Möglichkeit zu ergreifen, um die Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern ohne Preisgabe lebenswichtiger deutscher Interessen zu normalisieren und diese Ostpolitik gemeinsam mit den Verbündeten zu führen.

Wie sehr Wenzel Jaksch das Verhältnis zu Osteuropa am Herzen lag, bewies er durch seine im Januar 1965 erschienene Studie "Westeuropa - Osteuropa - Sowjetunion", mit der er wohlfundierte Vorschläge zur deutschen Ostpolitik machte. Es lohnt auch heute noch nachzulesen, was er suchend empfahl. So schrieb er:

"Mehr denn je sieht sich die deutsche Staatskunst der Herausforderung gegenüber, gewaltige Entwicklungen im Osten wie im Westen auf den Nenner ihres eigenen Handelns zu bringen. Sie kann sich dabei auf die ungewöhnliche Leistungskraft der deutschen Wirtschaft stützen und auf die Gutwilligkeit eines im Unglück gereiften

Volkes. Der Zug zur Weltoffenheit, der unser geistiges Leben durchdringt und vor allem das Streben der Jugend beherrscht, wird einer ideenreichen deutschen Außenpolitik einen günstigen Rückenwind liefern... Niemand in Deutschland lebt mehr in den alten Wahnvorstellungen, daß der militärische Zugriff auf lothringische Erze oder ukrainisches Getreide der Zukunftssicherung der Nation dienen würde. Die Bundesrepublik ist nicht primär am Osthandel interessiert, obwohl sie auf den osteuropäischen Märkten alte Positionen zu verteidigen hätte. Westdeutschland hat sich vielmehr auf den freien Europamärkten und im Welthandel eine Stellung errungen, die zu einer Abwendung von den weniger lukrativen Ostmärkten verführen könnte. Indessen ist im freien Teil Deutschlands die Einsicht im Vordringen, daß der Schlüssel zu Einheit und Frieden in einem neuen Verhältnis zu den Ostnachbarn liegt. Westdeutschland ist daher aus überwiegend politischen Gründen an einer Normalisierung der wirtschaftlichen Beziehungen mit Osteuropa interessiert... Eine auf weite Sicht angelegte deutsche Friedenspolitik könnte einen neuen Versuch darstellen, die Harmonie der Interessen aller europäischen Völker vom idealistischen Hoffen des 19. Jahrhunderts zur Wirklichkeit des 20. Jahrhunderts werden zu lassen."

Wenzel Jaksch war oft im Konflikt mit der praktischen Politik. Bei allem Respekt vor seiner ungebändigten Persönlichkeit und seiner eigenwilligen Art, zu kämpfen, darf wohl vermerkt werden, er könnte heute feststellen, daß manche seiner tragenden Gedanken inzwischen die praktische Politik befruchten. Auch seine Einschätzung der Kritiker seiner Vorstellungen hat sich bestätigt.

Er meinte:

"Das Händeringen der Kleinmütigen darf niemanden überraschen. Sie werden auf das Risiko einer Hingabe von Milliardenanleihen verweisen und düstere Zukunftsbilder ausmalen, wie die Bundesrepublik von einem aufgepöpelten kommunistischen Moloch schließlich verschlungen wird."

Wie recht er hatte!

Wenzel Jaksch war ein Mann, der aus der Geschichte zu lernen versuchte. Von ihm können auch heute noch viele vieles lernen. Er war ein Mann des Volkes und er war eine herausragende Persönlichkeit. Er war im besten Sinne ein Mensch, ein Sozialdemokrat. Es gilt, was Willy Brandt in seinem Nachruf für Wenzel Jaksch bekundete:

"Er hat sich um seine und unsere politische Gemeinschaft bleibende Verdienste erworben."

(-/wr/21.9.1971/bgy)

Ein großer Schritt in der Organisationsreform

Erstmals elektronische Datenverarbeitung auf breiter Grundlage

Von Bruno Friedrich

Vorsitzender des SPD Bezirks Franken

1958 schrieb der französische Parteienforscher Maurice Duverger in seinem Buch "Die politischen Parteien", der Versuch einer ersten allgemeinen Parteienlehre: "die heutigen Parteien lassen sich weniger durch ihr Programm oder durch die soziale Zugehörigkeit ihrer Anhänger bestimmen, als durch die Art ihrer Organisation: Eine Partei ist eine Vereinigung von besonderer Struktur". Gleichzeitig beklagte Duverger die unzureichende Kenntnis über diese Strukturen: "Die Statuten und die internen Anordnungen umschreiben fast nie mehr als einen geringen Teil der Wirklichkeit... Selten erhält man genaue Auskünfte, selbst über die einfachsten Dinge. Es ist hier wie in einer primitiven Rechtsordnung, in der die Gesetze und Riten geheim sind und von den Eingeweihten scheu dem Blick der Profanen entzogen werden".

Duverger wird sich in der nächsten Auflage seines Buches korrigieren müssen, Soziologie und politische Wissenschaften werden 1972 erstmals erhalten, was sie sich seit Jahrzehnten wünschen: Ein genaues Röntgenbild über die Mitglieder und Führungsstruktur in einer großen Gebietsorganisation einer Mitgliederpartei. Dieses Röntgenbild ist "Abfallprodukt" eines großen Schrittes der Organisationsreform in der SPD. Im Bezirk Franken, mit 56.500 Mitgliedern viertstärkster Bezirk der SPD, werden in dieser Woche an alle Unterbezirke und an alle Ortsvereine erstmals umfangreiche Karteien auf EDV-Grundlage (EDV = Elektronische Datenverarbeitung) ausgeliefert. Damit wird eine im März begonnene Aktion abgeschlossen, in deren Verlauf alle Mitglieder des Bezirks Franken EDV-Fragebogen mit über 50 möglichen Einzelangaben ausgefüllt haben. Diese, vom Vorstand der

SPD in Bonn unterstützte Aktion ist ein Test für den Aufbau einer EDV-Mitgliederkartei im Bund, die u.a. zum Versand einer Zeitung an alle Mitglieder führen soll.

Zunächst werden die Mitglieder des Bezirks Franken ab 1. November ihre Bezirkszeitung mit der Post ins Haus erhalten. Ziel ist nicht nur eine bessere, umfangreichere Information. Es ist bekannt, daß sich nur ca. 20 vH. der Mitglieder aktiv an der Parteiarbeit beteiligen. Die "nur" zahlenden Mitglieder sollen durch neue Formen der Information und Hinweise auf Arbeitsmöglichkeiten angeregt werden, sich künftig aktiv an der Parteiarbeit zu beteiligen.

Ein weiteres, jetzt mögliches Nahziel ist eine sorgfältige Zielgruppenarbeit. Schwerpunkte: Frauen, Arbeitnehmer, junge Generation. Das gilt für eine große Mitgliederwerbaktion und für die Vorbereitung der Kommunalwahlen 1972. Aber auch Angestellte, Facharbeiter, Beamte, Berufssoldaten, Hausfrauen, Landwirte, Selbständige, Lehrlinge, Rentner, Schüler und Studenten können über die neue EDV-Kartei als Zielgruppen gesondert angesprochen und informiert werden.

Der Bezirk Franken ist außerdem entschlossen, neue Wege in der Entscheidungs- und Willensbildung zu gehen. Hier ist die Zielgruppenarbeit mit der EDV-Kartei Voraussetzung. Die Projektgruppen auf Bezirksebene, die sich bei der Vorbereitung des Bezirksparteitages bewährt haben, sollen in den Basisorganisationen (Unterbezirke, Kreisverbände und Ortsvereinen) durch Studiengruppen und Kontaktgruppen ergänzt werden.

Zugleich will man mehr über sich selbst wissen. Über die EDV-Kartei soll dem Bezirksparteitag 1972 - und damit der Öffentlichkeit - eine Analyse der Mitglieder-, Führungs- und Sozialstruktur vorgelegt werden. Der Bezirksparteitag in Coburg hat am 11. September einstimmig beschlossen: "Der Bezirksvorstand wird aufgefordert, den Weg neuer Möglichkeiten der Willens- und Meinungsbildung weiterzugehen".

(-/wr/21.9.1971/ks)

+ + +

Luftwaffe in Umrüstung

Deutsche Luftfahrtindustrie voll ausgelastet

Von Klaus Richter SPD-MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Auf der morgigen Sitzung des Verteidigungsausschusses des Bundestages stehen Berichte des Verteidigungsministeriums über das Ergebnis der Verhandlungen über den Kauf von 175 Flugzeugen des Typs Phantom F-4F und über den Stand des Projekts MRCA an. Für alle Schwarzmaler, die seit Monaten sich bemühen, Unruhe in die deutsche Luftfahrtindustrie zu bringen, wird es eine harte Konfrontation werden, denn Verteidigungsminister Helmut Schmidt hat mit seinem Programm die Kapazitätsauslastung der deutschen Luftfahrtindustrie im Sinne der Beschlüsse des Deutschen Bundestages in einem Umfange berücksichtigen können, der einfach nicht zu erwarten war.

Die Überprüfung des MRCA-Projekts hat bestätigt, daß die Erwartungen hinsichtlich Leistung, Termin und Kosten erfüllt wurden. Die geschätzten Bedarfszahlen der europäischen Partner wurden nicht verändert. Die Phase, die jetzt bis zur nächsten Überprüfung am 1. November 1972 läuft, wird zum Erstflug des Prototyps führen und weite Bereiche der deutschen Luftfahrtindustrie binden.

Für die zu beschaffenden 175 Phantom F-4F werden die Triebwerke von der Firma MTV in der Bundesrepublik gebaut. Der Umfang dieses Auftrages beträgt 520 Millionen DM. Diese Summe ist ein Teil der unmittelbar an die deutsche Industrie zu vergebenden Aufträge in Höhe von rund 800 Millionen DM. Die Gesamtkosten des Phantomprogramms verbleiben im Rahmen der vom Verteidigungsausschuß festgesetzten Höchstgrenze von vier Milliarden DM. Da der Erstflug des Alpha Jet, des geplanten Schul- und Luftnahunterstützungsflugzeuges für Sommer 1972 vorgesehen ist, kann Verteidigungsminister Helmut Schmidt schon nach zweijähriger Amtsführung auf der Hardthöhe einen beachtlichen Erfolg in der Umrüstung der Bundesluftwaffe verzeichnen. (-/wr/21.9.1971/ks)